

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorr.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Rpt., bei Lieferung frei Haus 55 Rpt. Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsansage für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlassätze bei Wiederholungen nach Preiskliste Nr. 5 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittag 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimattell, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — D. N. XL: 2260 Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 551

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorr behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 292

Donnerstag, den 15. Dezember 1938

90. Jahrgang

National denken und handeln

Wehrmacht und Befestigungen Sache des ganzen Volkes

Staatsminister Reichsminister Dr. Goebbels hatte 80 Berliner Arbeiter in sein Ministerium eingeladen, die bei den Befestigungsarbeiten an der Westgrenze eingesetzt waren und die jetzt nach Beendigung ihrer Arbeit nach Berlin zurückgekehrt sind.

In einer Ansprache brachte er ihnen die Hochachtung und Bewunderung zum Ausdruck, die das ganze deutsche Volk vor der Arbeit empfindet, die sie und ihre Kameraden im Westen geleistet haben. Er schilderte ihnen, wie die nationalsozialistische Staatsführung bei der Machtübernahme vor der Wahl gestanden habe, ob Deutschland nach wie vor nur Objekt der Weltpolitik sein solle — wobei vor allem der Arbeiter immer der Leidtragende gewesen wäre — oder ob man diese Politik grundständig ändern wolle. So wie die Staatsführung, die ja selbst aus Kindern unseres Volkes zusammengesetzt sei, bei allen ihren Handlungen an das Volk gedacht habe, so sei sie dabei von der Gefolgschaft und dem gläubigen Vertrauen dieses Volkes abhängig gewesen.

Solange Deutschland von überall her ständigen Bedrohungen ausgesetzt gewesen sei, sei es unmöglich gewesen, an die Lösung irgendwelcher großer Aufgaben heranzugehen. Wohl wolle Deutschland mit den anderen Völkern anständig und loyal verkehren, aber nicht unter ständigem Druck und unter ständiger Bedrohung. Deshalb habe es seine Westgrenze ausgebaut; nicht eine Vorbereitung zum Kriege, sondern eine Sicherung des Friedens hätten diese Arbeiten bedeutet.

Alles, was die Staatsführung tue, sei immer eine Angelegenheit des ganzen Volkes. Jede Not, jede Bedrohung gehe in erster Linie den Arbeiter an, der sich nicht wie der Kapitalist, schwierigen Lagen einfach entziehen könne.

Wäge der Kapitalismus international sein: der Arbeiter, das Volk, könne seinem Schicksal nicht ausweichen und müsse deshalb gerade national denken und handeln. So sei auch die deutsche Wehrmacht und seien unsere Grenzbesetzungen im Westen eine Sache des ganzen Volkes.

Bei der Durchführung der großen Aufgaben, vor denen wir auch in Zukunft stünden, müsse gerade der deutsche Arbeiter helfen. Der Minister gedachte dabei der mancherlei Unbequemlichkeiten und Entbehrungen, die die Männer auf sich genommen haben, die das Werk an der Westgrenze errichteten. Vielleicht aber sei es ihnen ein Trost zu wissen, daß auch die verantwortlichen Männer in Berlin und daß vor allem der Führer in den Monaten vor der Lösung der Sudetenfrage eine große Last von Sorge und Verantwortung zu tragen gehabt hätten. Wenn es dann aber vergönnt gewesen sei, den Jubel der 3½ Millionen erstörter Sudetendeutscher mitzuerleben, der wisse, daß sich alle diese Opfer wirklich gelohnt hätten.

Vor allem dürfe man nicht vergessen, daß durch die Westbefestigungen der Ausbruch einer ganz schweren europäischen Krise verhindert worden sei. „Davor“, so schloß der Minister, haben auch Sie durch Ihre Arbeit die Nation bewahrt, und dafür, meine deutschen Arbeiter, möchten wir Ihnen heute unseren Dank aussprechen.

Ich kann nur eine größere Delegation empfangen. Aber ich möchte dem großen Heer der deutschen Befestigungsarbeiter sagen, daß es sich um die Sicherheit unseres Volkes verdient gemacht hat, und daß das Vaterland ihm dafür dankt.

Dr. Goebbels lud dann die Arbeiter zum Mittagessen ein, und sie blieben lange in zwangloser Unterhaltung seine Gäste.

„Herr von Vibra war stets angenehm und korrekt uns gegenüber, verständnisvoll, er hat uns oft geholfen, schwierige Fälle einer Lösung entgegenzuführen.“

Ich halte es für die Pflicht eines Ehrenmannes, mit Schärfe zu protestieren gegen die falsche Nachricht, die gegen einen Diplomaten gerichtet worden ist, der einer bei uns akkreditierten Gesandtschaft angehört.

Doch was halten Sie, meine Herren, von den Ausländern, die unter dem Vorwand, uns über die uns bedrohenden Gefahren aufklären zu wollen, uns um jeden Preis mit zweien unserer Nachbarn verfeinden wollen? Der Bundesrat ging hier mit diesen unterirdischen Hetzern scharf ins Gericht.

Jene Leute, so stellte er fest, die können sich nicht damit abfinden, daß sie nicht Europa und vielleicht die ganze Welt in den Abgrund eines allgemeinen Krieges führen sehen.

Motta ging dann zu Pressefragen über und sprach sich für das Zustandekommen einer Presseverständigung zwischen der Schweiz und Deutschland aus. Der Bundesrat machte dann allgemeine Ausführungen über die Schweizer Presse, von der er Objektivität und freiwillige Disziplin im Interesse des Landes forderte. Der Bundesrat schloß: Ich bin betroffen, meine Herren, ob der Besorgnis, die sich gewisser Gegenden unseres Landes bemächtigt hat. Diese Besorgnis ist nicht gerechtfertigt. Eine nervöse und ängstliche Haltung geziemt uns Schweizern nicht.

Von maßgebendster Schweizer Stelle ist also hier eines der zahllosen gegen Deutschland in Umlauf gesetzten Gerüchte als das entlarvt worden, was es ist: übelste Brunnenvergiftung der Kreise, die sich das scheinheilige Mäntelchen der Friedensliebe umhängen, um im Trüben desto besser wühlen zu können. Mit aller Klarheit hat Bundesrat Motta dargelegt, daß an dem Gerücht über eine beabsichtigte Aufteilung der Schweiz kein wahres Wort ist. Der Führer hat sich mehrfach über Deutschlands Haltung zur Schweiz ausgesprochen. Wie groß aber noch immer der Einfluß einer jüdisch-bolschewistisch verfeindeten Presse ist, geht daraus hervor, daß diese eindeutige deutsche Haltung in Schweizer Kreisen in Frage gezogen werden konnte. Auf die Gefahren, die aus der Pressehege erwachsen können, hat Motta hingewiesen. Wenn er dabei von einer deutsch-schweizerischen Presseverständigung spricht, so kann das seine Worte und ihre Bedeutung für das deutsch-schweizerische Verhältnis nur hervorheben.

Kundt bei Beran

Zweifelhafte Aussprache über aktuelle Fragen.

Der tschecho-slowakische Ministerpräsident Beran empfing den Vorsitzenden des Klubs der deutschen nationalsozialistischen Abgeordneten und Senatoren, Abgeordneten Kundt, und behandelte mit ihm in einer zweifelhafte Aussprache die verschiedensten aktuellen Fragen. Es wurde insbesondere vereinbart, daß die Kanzlei des Abgeordneten Kundt laufende Angelegenheiten dem Ministerpräsidenten Beran mitteilen und stets gemeinsam mit diesem Amt diese Angelegenheiten behandeln soll.

Die Einigung zwischen den Slowaken und Tschechen, wonach zum 1. Januar 1939 aus der Slowakei 9000 tschechische Staatsbeamte zurückgezogen werden, wird von der slowakischen Regierungspresse freudig begrüßt. Sie unterstreicht, daß dadurch die Slowaken endlich Posten im Staatsdienst einnehmen werden, die ihnen jahrelang vorenthalten worden sind.

Bereit zur Mitarbeit

In der Parlamentsitzung nahm der Führer der deutschen Volksgruppe in der Tschecho-Slowakei, Abgeordneter

Nicht gerechtfertigte Besorgnis

Schweizer Abfuhr gegen üble Gerüchte und Methoden

Der Schweizer Bundespräsident Baumann und Bundesrat Motta gaben im Schweizer Nationalrat Erklärungen ab, die sowohl eine scharfe Zurückweisung gewisser Schweizer Kreise bedeuteten, die sich in wilder Gerüchtmacherei überließen, als auch eine klare Anprangerung bolschewistischer und deutsch-feindlicher Brunnenvergifter darstellten.

Der Bundespräsident versicherte den Eidgenössischen Räten bei der Verantwortung von Interpellationen, daß sie mit vollem Vertrauen darauf blicken können, daß die Bundesregierung und die ihr unterstellten Dienstorgane nicht nur für die militärische und wirtschaftliche, sondern auch für die geistige und politische Verteidigung des Landes und seiner Unabhängigkeit besorgt seien. Der Bundesrat sei entschlossen, Gerüchten mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Der neue Bundesratsbeschluss zur geistigen Landesverteidigung sehe auch eine Bekämpfung derjenigen vor, die durch wissenschaftlich verbreitete Falschmeldungen die innere und äußere Sicherheit des Landes gefährden.

Bundesrat Motta, der Leiter des politischen Departements, sprach dann zu dem Thema „Propaganda“. Zunächst billigte er nochmals die in München gehaltene Rede des schweizerischen Gesandten in Berlin, Dr. Frölicher, und drückte diesem das volle Vertrauen des Bundesrates aus. Zur Angelegenheit der deutschen Studenten in der Schweiz stellte er fest, daß die deutschen Studenten die Weisung haben, sich in keiner Weise in die Politik des Gastlandes einzumischen.

Gefasel über eine Aufteilung der Schweiz

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam der Bundesrat dann auf die Verleumdungen gegenüber dem deutschen Geschäftsträger in Bern, Herrn von Vibra, zu sprechen. Diese Verleumdungen, so erklärte er, sind ein typischer Fall von Lügen zu politischen Zwecken. Sie gäben das passende Beispiel zu folgender abenteuerlicher

Nachricht, die in der Schweiz herumgeboten worden sei:

In mehreren deutschen Bahnhöfen, so hieß es, hätten zahlreiche Personen mit eigenen Augen Plakate gelesen, die verkündeten, daß zwei Millionen Deutsch-Schweizer eine baldige Befreiung erhoffen. Diese Meldung ist eine Schandtat. Sie ist durch den Mostauer Radiosender verbreitet worden, sie trug also das Zeichen der 3. Internationale und des Bolschewismus. Was die Verleumdungen gegenüber Herrn von Vibra betrifft, so gingen diese zuerst von „News Chronicle“ aus. Ich habe mich nach der Einstellung dieser Zeitung erkundigt. Man hat mir geantwortet, daß sie in gewisser Hinsicht noch weiter links stehe als das offizielle Organ der Labour-Party, „Daily Herald“.

Das genannte Blatt, fuhr Motta fort, hatte in sensationeller Aufmachung bekanntgegeben, daß Herr von Vibra von maßgeblicher reichsdeutscher Stelle den Befehl erhalten habe, dahin tätig zu sein, die Aufteilung der Schweiz vorzubereiten. Die deutsche Schweiz werde zu Deutschland geschlagen werden, der Tessin zu Italien und die Westschweiz zu Frankreich. Diese von der sozialdemokratischen und kommunistischen Presse sofort verbreitete Meldung hatte ein zähes Leben. Doch siehe, vor ganz wenigen Tagen eilte noch eine andere wohlbekanntere Zeitung, das „Deuore“ in Paris, zur Unterstützung herbei. Eine Journalistin, die ich aus Ehrfurcht vor ihrem Geschlecht nicht nennen möchte, die ich aber gut kenne, wiederholte die bereits von der englischen Zeitung veröffentlichte Nachricht und betonte, daß Herr von Vibra neuerlich der Titel eines Sonderkommissars für den Anschluß der Schweiz beigegeben wurde. Es handelt sich hier um einen charakteristischen Fall dessen, was die deutsche Sprache mit „Brunnenvergiftung“ bezeichnet.

Ich wollte, sagte Motta dann, darüber ins Reine kommen. Ich habe alle meine Beamten gefragt, die regelmäßige Beziehungen mit Herrn von Vibra unterhalten. Ihr Urteil lautet einstimmig:

